

## **Mehr Raum für Eigeninitiative und persönliche Freiheit schaffen**

---

Wolfgang Mischnik, geb. 1921 in Dresden, nach abgeleistetem Wehrdienst (1939 bis 1945) und Flucht (1948) nach Frankfurt/M. von 1954 bis 1957 Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten, seit 1957 Mitglied des Deutschen Bundestages und in der Zeit von 1961 bis 1963 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, ist seit 1964 stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP und seit 1968 Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion.

Die FDP sieht in ihrer Antwort auf diese Wahlprüfsteine eine gute Gelegenheit, die Schwerpunkte ihrer Politik in der Vergangenheit und für die Zukunft offen darzulegen. Wir scheuen den Vergleich nicht, wünschen den offenen Dialog mit Bürgern und allen gesellschaftlich relevanten Gruppen. Deshalb bedauern wir, daß sich der DGB dem Gespräch mit der FDP verweigert. Wir hoffen, daß der DGB aber unsere Fragen wenigstens beantwortet.

Die Sicherung des Friedens, gesunde Staatsfinanzen, dauerhafte Konsolidierung der sozialen Sicherungssysteme, stabile Preise sowie wachsende Wirtschaft und mehr Arbeitsplätze sind Ergebnis erfolgreicher liberaler Politik in dieser Legislaturperiode.

In der nächsten Legislaturperiode stehen wir vor wichtigen Entscheidungen. Unsere Ziele sind u. a.:

- die Sicherung des Friedens durch Zusammenarbeit,
- eine ökologisch verpflichtete soziale Marktwirtschaft,
- eine dauerhafte und finanzierbare soziale Sicherheit,
- eine Energiepolitik mit Vernunft,
- eine lebenswerte Umwelt,
- die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie
- die Bewahrung und den Ausbau des Rechtsstaats.

Wir Liberalen bieten dem Bürger keine einfachen „Patentrezepte“. Wir wollen mehr Raum für Eigeninitiative und persönliche Freiheit schaffen; für eine Gesellschaft, in der der einzelne sich zunächst auf seine Möglichkeiten besinnt, bevor er nach dem Staate ruft, in der er aber auch bei den Wechselfällen des Lebens einer solidarischen Absicherung gewiß ist. Wir wollen die neuen Chancen und Perspektiven, die uns der Fortschritt trotz aller Risiken bietet, nutzen, um die Lebens- und Umweltbedingungen der Menschen zu verbessern. Die FDP steht für die Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland zur Gemeinschaft der westlichen Demokratien und für eine Politik des Ausgleichs mit dem Osten. Wir setzen auf eine neue Phase realistischer Entspannungspolitik.

Wir bedauern, daß der DGB - in seinen Vorbemerkungen - nicht die erheblichen Anstrengungen für wirtschaftliches Wachstum und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zutreffend würdigt. Für die FDP hat die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit weiterhin höchste Priorität.

Wir erwarten vom DGB, daß er in politischen Auseinandersetzungen nicht einseitig Partei ergreift, sondern parteipolitische Neutralität wahrt. Dies vermissen wir in den vorgelegten Wahlprüfsteinen.

Wir beobachten mit Sorge das Verhalten des DGB im Fall „Neue Heimat“. Wir fordern den DGB auf, sich zu seiner Verantwortung zu bekennen und aus eigener Kraft eine befriedigende Regelung, insbesondere für die Mieter, zu treffen.

### DGB-Prüfstein 1

#### Mehr Arbeit durch Marktwirtschaft und weniger Steuern

Die FDP setzt auf eine ökologisch verpflichtete soziale Marktwirtschaft, die wirtschaftliches Wachstum mit der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Gesundheit der Menschen in Einklang bringt.

Mit der Verwirklichung des Grundsatzes „Mehr Markt und weniger Staat“, mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere durch die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, haben wir die Barrieren für wirtschaftliches Wachstum und Eigeninitiative abgebaut, nachhaltige Anstöße für Investitionen und Innovationen gegeben sowie Voraussetzungen für neue wettbewerbsfähige und zukunftsträchtige Arbeitsplätze geschaffen. So ist die Beschäftigung von 1984 bis 1986 um fast 600 000 Neueinstellungen gestiegen. Erstmals seit 1979 wird in diesem Jahr die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt deutlich unter der des Vorjahres liegen.

Die Vergangenheit hat gezeigt, daß staatliche Beschäftigungsprogramme, die durch zusätzliche Steuern oder eine erneut höhere Staatsverschuldung finanziert werden müssen, nur beschäftigungspolitische „Strohfeuereffekte“ mit sich bringen und letztlich zu mehr öffentlicher Verschuldung, höherer Steuerbelastung sowie weniger Arbeit führen.

#### Sachgerechte Steuerpolitik

Die Forderungen nach Verzicht auf die zweite Stufe der Steuerreform und nach Einführung einer Ergänzungsabgabe für höhere Einkommen übersehen die daraus resultierenden negativen Folgen für Wachstum und Beschäftigung. Die Tarifsenkung des Jahres 1988 mildert den steilen Anstieg der steuerlichen Belastung für die Mehrheit der Steuerzahler, insbesondere für viele Facharbeiter und Angestellte. Die Forderung nach Einführung einer Ergänzungsabgabe ist Ausdruck kurzfristigen Verteilungsdenkens und leugnet die Erfahrung, daß mehr Wachstum und mehr Beschäftigung nur durch eine Senkung der zu hohen Steuern und Abgaben zu erreichen sind. Wachstumsimpulse

werden auch von der für die nächste Legislaturperiode vorgesehenen großen Steuerreform ausgehen. Dabei sehen wir unter anderem eine umfassende Entlastung der kleinen Einkommen durch Steuerfreiheit des Existenzminimums und eine deutliche Senkung der Steuersätze (linear-progressiver Tarif) vor.

#### Aufgaben von Staat und Tarifpartnern bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Aufgabe des Gesetzgebers ist es, neben der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Beschäftigungshemmnisse, die sich gerade als Hemmschuh für diejenigen erweisen, die besonderer Hilfe bedürfen, abzubauen.

In den vergangenen Jahren haben wir eine aktive Arbeitsmarktpolitik verwirklicht. Die Ausgaben für Arbeitsbeschaffung, berufliche Fortbildung und Umschulung, berufliche Rehabilitation und Förderung der Arbeitsaufnahme stiegen von 6,8 Mrd. DM (1982) auf rund 11 Mrd. DM (1986). Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen - 110 000 Beschäftigte - sowie Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen - 1986 an die 460 000 Neueintritte - erreichen eine Rekordhöhe.

Mit ihrer „Konzertierten Aktion für Frauen“ hat die FDP konkrete Vorschläge zur beruflichen Wiedereingliederung von Frauen nach der Kindererziehungsphase vorgelegt. Die im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) vorgenommenen Verbesserungen für Frauen sind konsequent weiterzuentwickeln. Mehr Teilzeitarbeitsplätze sind zu schaffen. Quotenregelungen werden von der FDP abgelehnt.

Die Privatisierung der im Staatsbesitz befindlichen Unternehmen ist weiterhin notwendig. Öffentliche Dienstleistungen sind - soweit es möglich und sinnvoll ist - auf private Unternehmen und freie Berufe zu übertragen. Der Wettbewerb zwischen staatlichen Stellen und Privaten ist zu verstärken.

Auch die Tarifpolitik trägt entscheidend zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei, wenn sie maßvoll und differenziert erfolgt. Sie muß verstärkt die berufliche Qualifizierung sowie die Weiterbildung berücksichtigen.

Durch gemeinsame Anstrengungen ist es gelungen, das Ausbildungsplatzangebot für die geburtenstarken Jahrgänge erheblich auszuweiten. Jetzt gilt es, die vorhandenen Ausbildungsplätze auch zu besetzen. Die FDP hat sich immer nachdrücklich für den Ausbau des Benachteiligungsprogramms eingesetzt und erreicht, daß fast 30 000 junge Menschen darin eine Ausbildungschance erhalten. Besondere Bedeutung gebührt auch weiterhin der betrieblichen Ausbildung im Rahmen des dualen Systems.

Notwendig ist die Erweiterung des Ausbildungsspektrums für junge Frauen, insbesondere im gewerblich-technischen Bereich. Ebenfalls sind alle Möglichkeiten zur Übernahme nach der Ausbildung in ein Arbeitsverhältnis zu nutzen.

Der Ausbau sozialer Netze, aber auch die Stärkung der Mitverantwortung jedes einzelnen, müssen dazu beitragen, daß beispielsweise die Probleme bei der Pflege menschlich und sozial befriedigend gelöst werden.

Optimale Förderung jeder Begabung und Stärkung der Vielfalt im Bildungswesen entsprechen ebenso wie die Konzeption „lebenslangen Lernens“ liberaler Bildungspolitik.

### DGB-Prüfstein 2

#### Mehr Flexibilität im Arbeitsleben

Der technische Fortschritt hat in der Vergangenheit die Arbeitsbedingungen verbessert und Arbeitszeitverkürzungen ermöglicht. Unabdingbar für jede weitere Arbeitszeitverkürzung muß jedoch sein, daß die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft nicht gefährdet wird. Flexiblere Arbeitszeitregelungen entsprechen den Wünschen der Arbeitnehmer und den Interessen der Betriebe. Tarifverträge sollten daher mehr Freiheit im Betrieb selbst ermöglichen.

Kontraproduktiv ist jedoch eine gesetzliche Einschränkung der betrieblichen Flexibilität bei Wochenarbeitszeit und bei Überstunden. Hier sind vielmehr die Tarifpartner und die Betriebsparteien gefordert. Auf freiwilliger Basis sind Dauerüberstunden abzubauen und durch Neueinstellungen - auch im Rahmen von befristeten Arbeitsverhältnissen oder durch Teilzeitarbeit - zu ersetzen. Die FDP appelliert an den DGB, diese Möglichkeiten nicht zu blockieren.

Die FDP hält ebenfalls ein neues Arbeitszeitgesetz für erforderlich, das den Arbeitnehmer vor gesundheitlicher Schädigung schützt; nicht mehr gerechtfertigte Arbeitsverbote für Frauen sind abzubauen.

Wegen der künftigen Bevölkerungsentwicklung und der daraus resultierenden Belastung der sozialen Sicherungssysteme müssen arbeitsmarktbedingte Maßnahmen zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit freiwillig und rücknehmbar sein. Das Vorruhestandsgesetz orientiert sich an diesen Gesichtspunkten.

### DGB-Prüfstein 3

#### Soziale Gestaltung des technischen Wandels

Für die FDP ist es selbstverständlich, daß der technische Fortschritt in den Dienst von Mensch und Natur gestellt werden muß. Wir begrüßen die Bereitschaft der Gewerkschaften, sich dem technologischen Wandel zu stellen. Neue Technologien entlasten Arbeitnehmer von gefährlichen, gesundheitsschädigenden Arbeiten. Der Einführung neuer Technologien soll eine offene und rechtzeitige Information der Arbeitnehmer und Betriebsräte vorangehen. Vetorechte des Betriebsrats bei der Einführung neuer Technologien werden jedoch von der FDP abgelehnt.

Es ist gesamtwirtschaftlich sozialverträglich, wenn der Umstrukturierungsprozeß der Wirtschaft durch Forschung und Entwicklung angeregt wird und dadurch Arbeitsplätze gesichert oder neue geschaffen werden. Die Technologiefolgebewertung ist für die FDP eine unverzichtbare, interdisziplinäre und dauerhafte Aufgabe des Parlaments. Das Programm zur Humanisierung des Arbeitslebens wird konsequent weiterentwickelt.

#### DGB-Prüfstein 4

##### Liberale Sozialpolitik

Die Sozialpolitik der FDP setzt auf eine gesunde Mischung von Eigenverantwortung und Eigenvorsorge sowie solidarischer Absicherung bei den Wechseljahren des Lebens, die die Kraft des einzelnen übersteigen. Eine Sozialpolitik immer neuer Leistungsversprechen überfordert die Wirtschaft und gefährdet letztlich das Fundament sozialer Sicherheit.

##### Solide Rentenversicherung

Dank unserer erfolgreichen Konsolidierung sind die Renten sicher. Jetzt gilt es, die Weichen für eine grundlegende, dauerhafte Strukturreform in der Rentenversicherung zu stellen. Dabei läßt sich die FDP unter anderem von folgenden Kriterien leiten:

- Erhalt des gegliederten Systems der Alterssicherung,
- Stärkung des Versicherungsprinzips in der Rentenversicherung,
- nettoähnliche Rentenanpassung und Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung in der Rentenformel,
- Abdeckung der versicherungsfremden Leistungen durch den Bundeszuschuß,
- langfristige Verbesserung der Relation zwischen Beitragszeit und Rentenzahlungszeit sowie gleitender Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand,
- größere Unabhängigkeit der Rentenversicherung von konjunkturellen Schwankungen sowie
- Schutz vor materieller Not im Alter.

Die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe wird von uns abgelehnt, da sie den technischen Fortschritt nicht zuletzt dann erschwert, wenn er aufgrund der Bevölkerungsentwicklung notwendig ist, um den gewohnten Lebensstandard aufrecht zu erhalten.

Mit der Einführung der Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung und ihrer stufenweisen Ausdehnung auf alle Frauen haben wir einen ersten Schritt zur Anerkennung der Kindererziehung als „Beitrag“ zum Generationenvertrag geleistet. Die Verkürzung der Wartezeit bei Altersruhegeld von 15 auf 5 Jahre erleichtert insbesondere Frauen den Aufbau einer eigenständigen Alterssicherung.

## Für mehr persönliche Verantwortung im Gesundheitswesen

Vorbeugen ist besser als heilen. Dies gilt in allen Bereichen des Gesundheitsschutzes und des Gesundheitswesens. Deshalb setzen wir auf mehr Verantwortungsbewußtsein des einzelnen für seine Gesundheit.

Der Anstieg der Gesundheitskosten macht strukturelle Maßnahmen notwendig. Dabei ist es für die FDP eine Selbstverständlichkeit, daß das Solidaritätsprinzip in der gesetzlichen Krankenversicherung - der solidarische Ausgleich auch zwischen jung und alt - erhalten bleiben muß. Wir setzen in erster Linie auf Anreize für einen sparsamen Umgang mit den Ressourcen des Gesundheitswesens bei allen Beteiligten. Es sei daran erinnert, daß die vom DGB kritisierten Selbstbeteiligungsregelungen unter Federführung sozialdemokratischer Arbeitsminister beschlossen wurden. Kostentransparenz, mehr Wettbewerb in der Krankenversicherung und Stärkung der Selbstverwaltung sind notwendig. Solidarische Absicherung jener Krankheitsrisiken, die für den einzelnen nicht tragbar sind, ist für uns ebenso selbstverständlich, wie die Befolgung des Grundsatzes: „So viel ambulante Behandlung wie möglich, so viel stationäre Versorgung wie nötig.“ Wir treten weiterhin für ein freies Gesundheitswesen mit der freien Wahl des Arztes durch den Patienten und der Therapiefreiheit des Arztes ein. Das Gesundheitswesen muß auch künftig menschlich und finanzierbar bleiben.

## Effektive Arbeitsmarktpolitik

Ohne notwendige und sozial ausgewogene Korrekturen wären die Defizite der Bundesanstalt für Arbeit langfristig erheblich gestiegen. Die Erfolge unserer Wirtschafts- und Konsolidierungspolitik haben jedoch inzwischen wieder Leistungsverbesserungen erlaubt; so ist zum Beispiel die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitnehmer verdoppelt worden. Weitere Verbesserungen sind geplant. Die im Beschäftigungsförderungsgesetz vorgesehene Möglichkeit zum Abschluß befristeter Arbeitsverträge kommt insbesondere Arbeitslosen zugute. Die FDP sieht darin eine „Brücke“ zur Dauerbeschäftigung. Wir lehnen deshalb eine Abschaffung des Beschäftigungsförderungsgesetzes ab.

Ein Verbot der Leiharbeit wird von uns - weil verfassungswidrig - abgelehnt. Mißbräuche sind durch eine verschärfte Kontrolle zu bekämpfen.

Die Novellierung des Schwerbehindertengesetzes und des Jugendarbeitsschutzgesetzes verfolgen den Zweck, beschäftigungshemmende Vorschriften abzubauen, ohne dadurch den notwendigen Gesundheitsschutz infrage zu stellen. Das Schwerbehindertengesetz sieht darüber hinaus zusätzliche Anreize für die Einstellung und Beschäftigung besonders betroffener Schwerbehinderter vor.

Eine Abschaffung der Versicherungsfreiheit für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse führt zu zusätzlichen Kosten für die Arbeitnehmer,

Betriebe und Sozialversicherungsträger. Sie wirkt auch der Beschäftigung entgegen.

#### Sozialhilfe und BaföG

In dieser Legislaturperiode ist die Sozialhilfe insbesondere für Ältere und Alleinstehende verbessert worden. Die Sozialhilfesätze sind um zirka 8 Prozent gestiegen. Eine Anhebung der Sozialhilfesätze um 30 Prozent - wie vom DGB gefordert - ist Sprengstoff für die kommunalen Haushalte. Selbst die SPD bekennt sich nicht zu dieser von den Grünen übernommenen Forderung.

Die FDP tritt in ihrer Wahlplattform für „eine Neuordnung und Verbesserung der individuellen Ausbildungsförderung für Schüler und Studenten“ ein.

#### Familienpolitik

Die Familie hat in unserer Gesellschaft eine besondere Bedeutung. Wir haben deshalb die Familien beispielsweise durch Kindergelderhöhung, Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub, Baukindergeld bessergestellt. Die Familienpolitik muß aber über finanzielle Aspekte hinausgehen; dazu gehören auch familienfreundlichere Arbeitszeiten sowie Ladenöffnungs- und Kindergartenöffnungszeiten.

#### DGB-Prüfstein 5 Partnerschaft in

#### der Wirtschaft

Wir haben das Betriebsverfassungsgesetz 1972 maßgeblich mitgetragen und mitgestaltet. Jetzt kommt es darauf an, die Mitwirkungsrechte des einzelnen und nicht die Macht von Organisationen, die ohnehin nur eine Minderheit der Beschäftigten repräsentieren, zu stärken. Denn Mitwirkung trägt dazu bei, Abhängigkeiten des Arbeitnehmers in der Industriegesellschaft entgegenzuwirken.

Investitionskontrolle oder Vetorechte des Betriebsrates bei der Einführung neuer Technologien werden von der FDP abgelehnt.

Wir fordern seit langem die gesetzliche Absicherung der Sprecherausschüsse leitender Angestellter und die Verstärkung der Minderheitenrechte bei Betriebsratswahl und Betriebsratsarbeit. Wer mehr Demokratie im Betrieb - wie der DGB - fordert, sollte eigentlich auch bereit sein, Minderheiten einen besonderen Schutz zuzugestehen.

Die FDP hält an der mit der SPD 1980 beschlossenen Montan-Mitbestimmungs-Regelung fest. Wir sehen keine Notwendigkeit, davon abzuweichen. Das Mitbestimmungsgesetz von 1976 stellt in all den Fällen, in denen Unternehmen nicht mehr die Voraussetzungen der Montan-Mitbestimmung erfüllen, eine sinnvolle, die Interessen der Arbeitnehmer berücksichtigende Regelung dar.

Eine Ausweitung der Montan-Mitbestimmung auf alle Großunternehmen wird wegen der daraus resultierenden Behinderung des Strukturwandels und der Einschränkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft abgelehnt.

Mitbestimmung im gesamtwirtschaftlichen Bereich durch paritätisch besetzte Wirtschafts- und Sozialräte stößt auf verfassungsrechtliche Bedenken. Ebenso halten wir eine Änderung der bewährten Regelung der Handwerksordnung nicht für angebracht. Die Mitbestimmung in den Handwerkskammern und die Mitbestimmung im Unternehmensbereich sind nicht vergleichbar und können daher nicht gleich geregelt werden.

Die Ergebnisse der vergangenen Wochen und Monate im Zusammenhang mit der Neuen Heimat haben gezeigt, daß zwischen Anspruch und Wirklichkeit beim DGB eine tiefe Kluft besteht. Sollte dies nicht Anlaß sein, die eigenen Vorstellungen zur Mitbestimmung einer kritischen Revision zu unterziehen?

#### DGB-Prüfstein 6

##### Chancengleichheit bei Arbeitskämpfen

Die FDP hat immer die Tarifautonomie und das Recht der Tarifpartner, eigenverantwortlich Arbeitsbedingungen auszuhandeln, bejaht. Die Tarifautonomie und das Recht zum Arbeitskampf - als letztes Mittel - sind für uns unverzichtbare und wesentliche Bestandteile unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Streik und Aussperrung sind legitime Mittel des Arbeitskampfes.

Der Staat ist verpflichtet, sich bei Arbeitskämpfen neutral zu verhalten. Mit der Neuregelung des § 116 AFG aufgrund der geänderten tatsächlichen Verhältnisse ist der Gesetzgeber dieser Verpflichtung nachgekommen, ohne das Streikrecht oder die Streikfähigkeit der Gewerkschaft infrage zu stellen.

Die FDP hält einen möglichst breiten Konsens in unserer Gesellschaft und eine konstruktive Zusammenarbeit aller im Interesse der Bürger für geboten. Meinungsunterschiede müssen sachlich und fair ausgetragen werden. Dafür werden wir eintreten.